

Vorlage		<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	
		<input type="checkbox"/> nichtöffentlich	Vorlage-Nr.: 303/17
Der Bürgermeister Fachbereich: Recht/Beteiligungsmanagement	zur Vorberatung an:	<input checked="" type="checkbox"/> Hauptausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Finanzausschuss <input checked="" type="checkbox"/> Stadtentwicklungs-, Bau- und Wirtschaftsausschuss <input type="checkbox"/> Kultur-, Bildungs- und Sozialausschuss <input type="checkbox"/> Bühnenausschuss <input type="checkbox"/> Ortsbeiräte/Ortsbeirat:	
Datum: 02.11.2017	zur Unterrichtung an:	<input type="checkbox"/> Personalrat	
	zum Beschluss an:	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss am: <input checked="" type="checkbox"/> Stadtverordnetenversammlung am:	7. Dezember 2017

Änderung des Konsortialvertrages der ICU GmbH

Beschlussentwurf:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Konsortialvertrages der ICU GmbH.

Finanzielle Auswirkungen:				
<input checked="" type="checkbox"/> keine	<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt		
<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>sind</u> im Haushaltsplan eingestellt.	<input type="checkbox"/> Die Mittel <u>werden</u> in den Haushaltsplan eingestellt.			
Erträge:	Produktkonto:	Aufwendungen:	Produktkonto:	Haushaltsjahr:
Einzahlungen:				
Auszahlungen:				
<input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nicht</u> zur Verfügung. <input type="checkbox"/> Die Mittel stehen <u>nur in folgender Höhe</u> zur Verfügung: <input type="checkbox"/> <u>Mindererträge/Mindereinzahlungen</u> werden in folgender Höhe wirksam: Deckungsvorschlag:				
Datum/Unterschrift Kämmerin Regina Ziemendorf				

Bürgermeister
Jürgen Polzehl

Beigeordnete
Annekathrin Hoppe

Fachbereichsleiter/in
Viola Wiesejahn

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am
Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am

den empfohlenen Beschluss mit Änderung(en) und Ergänzung(en) gefasst nicht gefasst.

F.d.R.d.A.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung am 13. September 2017 den Verkauf und die Abtretung eines Geschäftsanteils an der ICU Investor Center Uckermark GmbH in Höhe von 7.400,00 EUR an die Stadt Angermünde zum Nennwert (Beschluss-Nr. 229/14/17) beschlossen.

Der Beitritt der Stadt Angermünde ist zum 1. Januar 2018 geplant. Deshalb wird im Dezember 2017 der Kaufvertrag notariell beurkundet werden.

Gemäß § 3 Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages der ICU GmbH treten alle Gesellschafter dem Konsortialvertrag zwingend bei.

Die Stadt Angermünde will sich auf der Grundlage des Konsortialvertrages verpflichten, an die ICU GmbH einen Zuschuss in Höhe von 14.000 EUR p.a. zu zahlen.

Die Zuschusshöhe orientiert sich mit Ausnahme des Landkreises Uckermark an der Zahl der in den jeweiligen Gesellschafterkommunen lebenden Einwohner.

Zuletzt hatte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 16. März 2017 der Änderung des Konsortialvertrages (Beschluss-Nr. 198/12/17) zugestimmt. Anlass war die Erhöhung des Zuschusses des Landkreises Uckermark von 235.000 EUR p.a. auf 300.000 EUR p.a.

Anlage

Entwurf des Konsortialvertrages

Konsortialvertrag der ICU Investor Center Uckermark GmbH

Präambel

Der Landkreis Uckermark, die Stadt Schwedt/Oder, die Stadt Prenzlau und die Stadt Angermünde (nachstehend zusammen „Gesellschafter“) sind an der im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt (Oder) – HRB 3569 – eingetragenen GmbH firmierend unter ICU Investor Center Uckermark GmbH (nachstehend "ICU") beteiligt. Die Gesellschafter sind Gebietskörperschaften des Landkreises Uckermark, die mit ihrer Beteiligung an der ICU diese allgemein in die Lage versetzen wollen, tätig zu werden und ihre nach dem Gesellschaftszweck obliegenden Aufgaben, die im überwiegenden öffentlich-rechtlichen Interesse liegen, erfüllen zu können. Kompetenzen im Rahmen der Gesellschafterinteressen an einer allgemeinen Wirtschaftsförderung sollen gebündelt werden, um die Uckermark als Wirtschaftsstandort zu stärken, eine koordinierte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen Wirtschaftsförderung anzustreben und die Etablierung und den Ausbau der Regionalmarke UCKERMARK zu unterstützen. Im Hinblick auf ihre Beteiligungen an der ICU schließen die Gesellschafter diesen Konsortialvertrag und regeln ihr Verhältnis im Einzelnen wie folgt:

§ 1 Definitionen

- (1) Gesellschafter der ICU dürfen ausschließlich kommunale Gebietskörperschaften des Landkreises Uckermark sein. An der ICU darf kein privatwirtschaftlicher Anteilseigner beteiligt sein.
- (2) Die Gesellschafter beherrschen die ICU wie eine eigene Dienststelle.
- (3) Das Tätigwerden der ICU erfolgt im Wesentlichen für die Gesellschafter. Andere Tätigkeiten dürfen nur eine untergeordnete Bedeutung haben.

§ 2 Kernaufgaben der ICU

(1) Die ICU nimmt im Rahmen des Gesellschaftsgegenstandes und aufgrund der durch die Gesellschafter gewährten Zuschüsse insbesondere folgende im öffentlichen Interesse liegenden Kernaufgaben der allgemeinen Wirtschaftsförderung im Landkreis Uckermark wahr:

1. Säule: Ansiedlungsakquisition
 - a. Ansiedlungsakquise
 - b. Vermarktung von Gewerbe- und Industrieflächen sowie Immobilien
 - c. Zusammenarbeit mit Institutionen, Netzwerken und Verbänden für die überregionale Unternehmensakquise

2. Säule: Standort- und Regionalmarketing

- a. Marketing und Öffentlichkeitsarbeit regional, überregional und transnational;
- b. Etablierung und Ausbau der Regionalmarke UCKERMARK

3. Binnenaufgaben:

- a. Regelmäßige Berichterstattung der Aktivitäten und Ergebnisse an die Gesellschafter
- b. Werbung von neuen Gesellschaftern
- c. Einwerbung von Drittmitteln.

(2) Die zur Erfüllung der Kernaufgaben der allgemeinen Wirtschaftsförderung vorgesehenen Projekte und Maßnahmen sind im Rahmen des durch die Gesellschafterversammlung zu beschließenden jährlichen Wirtschaftsplans festzulegen und abzurechnen.

§ 3

Zusätzliche Dienstleistungen

(1) Die ICU kann für die Gesellschafter zusätzliche Dienstleistungen im Rahmen des Gesellschaftsgegenstandes erbringen, die über die Erbringung der im jährlichen Wirtschaftsplan definierten Projekte und Maßnahmen hinausgehen, wenn diese gesondert und marktüblich vergütet werden und die Kernaufgabenerfüllung der ICU nicht behindern.

(2) Nebenleistungen dürfen nur erbracht werden, wenn die Voraussetzungen des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erfüllt sind und die In-House-Fähigkeit des Unternehmens nach den Vorgaben des EuGH (Urteil vom 18.11.1999) nicht gefährdet wird.

(3) Die ICU informiert die Gesellschafter im Rahmen ihrer regelmäßigen Berichtspflichten über die wahrgenommenen zusätzlichen Dienstleistungen.

§ 4

Leistungen der Gesellschafter

Die Gesellschafter verpflichten sich, die Kernaufgabenerfüllung der ICU durch Bereitstellung von ihnen zur Verfügung stehenden Daten und Unterlagen aktiv zu unterstützen.

§ 5

Finanzierung und Laufzeit

(1) Die Gesellschafter der ICU gewähren der Gesellschaft zur Erfüllung ihrer nach dem Gesellschaftszweck obliegenden Aufgaben, die im überwiegenden öffentlich-rechtlichen Interesse liegen, Zuschüsse. Die Zuschusshöhe orientiert sich mit Aus-

nahme des Landkreises Uckermark an der Zahl der in den jeweiligen Gesellschafterkommunen lebenden Einwohner.

Die Zuschüsse für die ICU, die durch die Gesellschafterkommunen ausschließlich auf der Grundlage des Haushaltsrechts und den dazu erlassenen Allgemeinen Nebenbestimmungen vergeben werden, sind jährlich verpflichtend in folgender Höhe festgesetzt:

- Landkreis Uckermark **300.000 Euro,**
- Stadt Schwedt/Oder 35.000 Euro,
- Stadt Prenzlau 20.000 Euro,
- **Stadt Angermünde 14.000 Euro.**

Darüber hinaus sind alle Gesellschafter Partner der Regionalmarke UCKERMARK.

(2) Ein Viertel der jeweils durch die Gesellschafter zu entrichteten Summen sind am ersten Werktag eines jeden Quartals durch die Gesellschafter an die ICU zu zahlen.

(3) Die Regelungen nach Absatz 1 und 2 gelten zunächst für zwei Jahre. Wenn ein Gesellschafter ein Jahr vor Ablauf der Regelungen eine Anpassung der Finanzierungshöhe schriftlich gegenüber dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung anregt, wird über die Fortschreibung des Konsortialvertrages in diesem Punkt verhandelt. Rügt keiner der Gesellschafter die Finanzierungshöhe fristgerecht, so verlängern sich die Regelungen um ein Jahr.

(4) Neu hinzutretende Gesellschafter treten dem bestehenden Konsortialvertrag bei. Zum Zeitpunkt des Beitritts eines neuen Gesellschafters wird der Konsortialvertrag in Bezug auf die Finanzierungshöhen angepasst. Über die Anerkennung der Finanzierungshöhe wird ein Gesellschafterbeschluss herbeigeführt.

§ 6

Konsortialausschuss

(1) Die Gesellschafter verpflichten sich, bei Bedarf einen Konsortialausschuss einzurichten. Dieser dient der Abstimmung der einzelnen Gesellschafterinteressen untereinander und einer möglichen Streitbeilegung unter den Gesellschaftern.

(2) Der Konsortialausschuss besteht aus jeweils einem Mitglied pro Gesellschafter.

(3) Die Einberufung des Konsortialausschusses erfolgt, wenn mindestens ein Gesellschafter dies wünscht.

(4) Der Gesellschafter kann sich durch eine von ihm bestimmte Person vertreten lassen.

§ 7

Besondere Stimmenberechnung bei Gesellschafterbeschlüssen

(1) Die Stimmenberechnung für Gesellschafterbeschlüsse nach § 9 Abs. 2 Satz 3 des Gesellschaftsvertrages wird nachfolgend besonders geregelt:

- Die Berechnung der Stimmen erfolgt nach der Höhe der nach § 4 Abs. 1 und 2 tatsächlich gewährten Zuschüsse der Gesellschafter an die ICU.
- Jeder angefangene 50-Euro-Zuschussanteil ergibt eine Stimme.
- Für den Beschluss des einjährigen Wirtschaftsplanes ist der Zuschuss zugrunde zu legen, der in das zu planende Wirtschaftsjahr fällt.

(2) Im Übrigen gelten für Beschlüsse die Regelungen des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschafter werden alle Entscheidungen in partnerschaftlicher Rücksichtnahme auf die Belange der jeweils anderen Gesellschafter fällen.

§ 8 Beirat der ICU

Der Beirat der ICU gemäß § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages besteht aus bis zu 15 Mitgliedern.

- Jeder Gesellschafter ist berechtigt, ein Mitglied in den Beirat zu entsenden.
- Die Unternehmervereinigung Uckermark e.V. ist berechtigt, 2 Mitglieder in den Beirat zu entsenden.
- Die IHK Ostbrandenburg ist berechtigt, ein Mitglied in den Beirat zu entsenden.
- Die HWK Frankfurt (Oder) ist berechtigt, ein Mitglied in den Beirat zu entsenden.
- Die ZAB ist berechtigt, ein Mitglied in den Beirat zu entsenden.
- Der Kreistag Uckermark ist berechtigt, 4 Mitglieder in den Beirat zu entsenden.

§ 9 Kündigung des Vertrages, Ausscheiden

Beim Ausscheiden als Gesellschafter der ICU scheidet die Gebietskörperschaft auch zeitgleich aus dem Konsortialvertrag aus. Eine Zahlungsverpflichtung nach § 4 besteht für das laufende Geschäftsjahr jedoch fort.

§ 10 Schlussbestimmungen

(1) Sollten einzelne Regelungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden oder sollte dieser Vertrag eine Regelungslücke enthalten, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Regelung gilt diejenige gültige Regelung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Regelung entspricht. Im Falle von Regelungslücken gilt diejenige Regelung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vernünft-

tigerweise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht.

(2) Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

(3) Der Vertrag tritt nach Unterzeichnung in Kraft.

Prenzlau, den _____

Dietmar Schulze
Landrat
Landkreis Uckermark

Prenzlau, den _____

Bernd Brandenburg
1. Beigeordneter
Landkreis Uckermark

Schwedt/Oder, den _____

Jürgen Polzehl
Bürgermeister
Stadt Schwedt/Oder

Schwedt/Oder, den _____

Annekathrin Hoppe
Beigeordnete
Stadt Schwedt/Oder

Prenzlau, den _____

Hendrik Sommer
Bürgermeister
Stadt Prenzlau

Prenzlau, den _____

Marek Wöller-Beetz
1. Beigeordneter
Stadt Prenzlau

Angermünde, den _____

Angermünde, den _____

Frederik Bewer
Bürgermeister
Stadt Angermünde

Christian Radloff
Stellv. Bürgermeister
Stadt Angermünde

FAKTSCHEN